

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung (11. Ausschuß)

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung über den Stand der Unfallverhütung und das Unfallgeschehen in der Bundesrepublik Deutschland (Unfallverhütungsbericht)

— Drucksache 8/3650 —

Bericht der Bundesregierung über den Stand der Unfallverhütung und das Unfallgeschehen in der Bundesrepublik Deutschland (Unfallverhütungsbericht)

— Drucksache 9/43 —

A. Problem

Die Bundesregierung hat dem Deutschen Bundestag jährlich einen Bericht über den Stand der Unfallverhütung und das Unfallgeschehen in der Bundesrepublik Deutschland zu erstatten, der die Berichte der Träger der Unfallversicherung und die Jahresberichte der Gewerbeaufsicht zusammenfaßt und einen umfassenden Überblick über die Entwicklung der Arbeitsunfälle, die durch die Unfälle verursachten Kosten und über die Unfallverhütungsmaßnahmen gibt.

B. Lösung

Kenntnisnahme und Würdigung der Unfallverhütungsberichte der Bundesregierung für die Jahre 1978 und 1979 durch den Deutschen Bundestag.

Einstimmigkeit im Ausschuß

C. Alternativen

keine

D. Kosten

keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. die Berichte der Bundesregierung über den Stand der Unfallverhütung und das Unfallgeschehen in der Bundesrepublik Deutschland — Drucksachen 8/3650 und 9/43 — zur Kenntnis zu nehmen; der Deutsche Bundestag würdigt anerkennend die Bemühungen aller Beteiligten um verbesserte Unfall- und Arbeitssicherheit, die sich in den erfreulich verringerten Unfallzahlen ausdrücken;
2. die Bundesregierung zu ersuchen, den in der Regierungserklärung angekündigten Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes bald vorzulegen.

Bonn, den 13. Mai 1981

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung**Rappe (Hildesheim)**

Vorsitzender

Cronenberg

Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Cronenberg

Der umfassende Ausführungen zum Unfallgeschehen und zur Unfallverhütung enthaltende Bericht der Bundesregierung — Drucksache 8/3650 —, der in der 8. Wahlperiode nicht mehr beraten werden konnte, ist erneut am 19. März 1981 und der zu diesem Bericht ergänzende statistische Angaben für das Jahr 1979 enthaltende Unfallverhütungsbericht der Bundesregierung — Drucksache 9/43 — am 30. Januar 1981 dem Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung zur Beratung überwiesen worden.

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hat einstimmig beschlossen, dem Bundestag zu empfehlen, die Unfallverhütungsberichte zur Kenntnis zu nehmen, die Bemühungen aller Beteiligten um verbesserte Unfall- und Arbeitssicherheit anerkennend zu würdigen und die Bundesregierung zu ersuchen, den angekündigten Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes bald vorzulegen, um eine Vereinheitlichung des zersplitterten Arbeitsschutzrechts zu erreichen.

Den beiden Unfallverhütungsberichten ist folgende Entwicklung des Unfallgeschehens der Unfallverhütung in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1978 und 1979 zu entnehmen:

Bei den Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung wurden im Jahr 1978 2 057 285 und im Jahr 1979 2 180 747 Unfälle und Berufskrankheiten angezeigt. Damit stieg die Zahl der Unfälle und Berufskrankheiten von 1977 auf 1978 um 0,6 v. H. und von 1978 auf 1979 sogar um 6,0 v. H. An den Vorarbeiten für den Unfallverhütungsbericht über die Daten des Jahres 1980 ergibt sich wieder eine Abnahme der gemeldeten Fälle um 0,7 v. H. Die in den Jahren von 1970 bis 1975 stark fallende Tendenz der Unfallzahlen und der Berufskrankheiten pendelt sich seitdem auf einem Niveau von 2,1 bis 2,2 Millionen Unfällen und Berufskrankheiten ein.

Dagegen hat die Zahl der Unfälle und Berufskrankheiten mit tödlichem Ausgang auch in den Jahren 1978 und 1979, wie schon in den vorangegangenen Jahren seit 1971, weiter abgenommen. Von 4 351 Fällen im Jahr 1978 ging sie auf 4 262 Fälle im Jahr 1979 zurück. Das entspricht einer Abnahme von 2,3 v. H. und 2,0 v. H. Dieser Trend hat sich auch 1980 fortgesetzt.

Bei der Bewertung dieser Entwicklung der Unfallzahlen und der Zahl der Berufskrankheiten ist zu berücksichtigen, daß auch die Zahl der Erwerbstätigen in den Berichtszeiträumen zugenommen hat. Mit 25 209 000 Erwerbstätigen lag sie 1978 um 0,7 v. H. höher als 1977, 1979 übertraf sie mit 25 548 000 Erwerbstätigen um 1,3 v. H. die Zahl der Erwerbstätigen des Jahres 1979.

Die seit 1970 ständig zunehmende Zahl der jährlich angezeigten Berufskrankheiten ist erstmals 1978 und 1979 nicht mehr gestiegen. Der stete Anstieg der an-

gezeigten Berufskrankheiten war vor allem durch die Zunahme der Meldungen von Lärmschwerhörigkeit zurückzuführen. Sie haben sich hauptsächlich durch die von der Gewerbeaufsicht und den Unfallversicherungsträgern systematisch durchgeführten audiometrischen Untersuchungen der Arbeitnehmer, die in Lärmbereichen tätig sind, ergeben. Die Untersuchungen sind auch in den Jahren 1978 und 1979 im gleichen Umfang vorgenommen worden. Der Rückgang der Zahl der neu angezeigten Berufskrankheiten ist im wesentlichen durch die Abnahme der angezeigten Lärmschwerhörigkeit beeinflusst. Hier dürften sich die großen Anstrengungen und vielseitigen Maßnahmen in der Bekämpfung des Lärms am Arbeitsplatz im letzten Jahrzehnt auswirken. Die Lärmschwerhörigkeit ist aber immer noch mit 18 121 im Jahr 1978 und 17 664 im Jahr 1979 Anzeigen bei weitem die am meisten angezeigte Berufskrankheit. Es folgen dann mit größerem Abstand die Hauterkrankungen mit 10 259 im Jahr 1978 und 11 144 im Jahr 1979 und die Silikose mit 4 071 im Jahre 1978 und 3 738 Anzeigen im Jahre 1979.

Die Kosten der gesetzlichen Unfallversicherung sind von 1977 auf 1978 um 5,9 v. H. auf 9,75 Mrd. DM und von 1978 auf 1979 um 7,3 v. H. auf 10,5 Mrd. DM gestiegen.

Im Gegensatz zu dem insgesamt positiven Bild des Unfallgeschehens im Arbeitsleben in den vergangenen zehn Jahren ist die Zahl der Anzeigen von Unfällen in der Schülerunfallversicherung seit ihrer Einführung im Jahr 1971 ständig angestiegen: Im Jahr 1979 wurden 908 000 Anzeigen registriert. Die Zunahme der Anzeigen ist in den ersten Jahren darauf zurückzuführen, daß die Schülerunfallversicherung erst langsam bekannt wurde und die Heilung von Unfallschäden durch andere Stellen reguliert wurde. Offensichtlich wurden Kinder verstärkt auch bei geringfügigen Verletzungen, die bisher in der Schule selbst versorgt wurden, zum Arzt geschickt und Unfallanzeigen erstattet.

Außerdem beruht die Zunahme der Anzeigen in der Schülerunfallversicherung darauf, daß die Dreitagefrist für die Anzeige eines Unfalls nach § 1552 Abs. 1 Reichsversicherungsordnung nicht eingehalten wird im Gegensatz zu den Anzeigen von Berufsunfällen. Damit ist ein Vergleich der Schülerunfälle mit den Unfällen im Arbeitsleben nicht möglich.

Die Unfallverhütungsberichte der Bundesregierung zeigen auch die breitgefächerten Maßnahmen zur Verbesserung der Unfallverhütung auf. Seitens der Bundesregierung ist eine Reihe von Vorschriften und Regelungen erlassen worden. Die Gewerbeaufsicht der Länder und die technischen Aufsichtsdienste der Unfallversicherungsträger sind personell weiter verstärkt worden. Die Unfallversicherungsträger haben eine Reihe von Unfallverhütungsvorschriften

überarbeitet und neu herausgegeben. Ein besonderer Schwerpunkt bei den Unfallversicherungsträgern liegt in der Aus- und Fortbildung und in der Information über die Gefahrenabwehr in den Betrieben.

Das von Deutschen Bundestag im Jahre 1973 verabschiedete Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit hat einen breiten Aufbau der betrieblichen Arbeitsschutzorganisation bewirkt. Der Unfallverhütungsbericht des Jahres 1978 zeigt auf, daß in diesem Jahre 60 000 Fachkräfte für Arbeitssicherheit und 10 000 Betriebsärzte in den Betrieben und Verwaltungen tätig waren. Im Rahmen des Gerätesicherheitsgesetzes nimmt die Typenprüfung von techni-

schen Arbeitsmitteln stetig zu, so daß das Angebot von geprüften, sicherheitstechnisch einwandfreien Maschinen und Geräten auch für den Privatbereich größer wird.

Im Mittelpunkt der Beratungen im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung standen die seit dem Jahre 1975 wieder leicht ansteigende Tendenz der Unfallzahlen, der rapide Anstieg der allergischen Hauterkrankungen ebenso wie der seit Jahren anhaltende Anstieg der Unfallzahlen in der Schülerunfallversicherung, die Struktur des Unfallgeschehens in nach Größe und Branchen unterschiedlichen Betrieben an den einzelnen Wochentagen sowie die Intensivierung der Arbeit der Aufsichtsbehörden.

Bonn, den 4. Juni 1981

Cronenberg

Berichterstatte